

Newsletter 52 – regional - vom 14. Oktober bis 16. November 2007

14.10.2007 **Presseerklärung zu Nazi-Umtrieben gegen die Eberbacher Realschule**

Am Montag, 8. Oktober 2007, suchten mehrere Neonazis die Realschule in **Eberbach** (Odenwald) heim, an der seit Beginn des Schuljahres der Antifaschist Michael Csaszkcóczy unterrichtet, der zuvor wegen seiner AIHD-Mitgliedschaft jahrelang mit Berufsverbot belegt worden war. Dabei hatten die "Nationalen Sozialisten", wie sie sich selbst in Internetveröffentlichungen nennen, die bereits berüchtigte "Schulhof-CD" sowie Hochglanzbroschüren der sächsischen NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) im Gepäck. Bei dem an die RealschülerInnen verteilten Material handelt es sich um speziell auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Propagandaerzeugnisse, mit denen ihnen die menschenverachtende Ideologie der Neonazis nahe gebracht werden soll.

Die Neueinstellung Michael Csaszkcóczy's nahmen die Faschisten zum Anlass, um gegen den "liberalen Geist" an Bildungseinrichtungen, gegen den "linksextremen 68er-Schwachsinn" und gegen die Vermittlung von "linken Mythen" an SchülerInnen zu wettern. Damit verbunden waren Drohungen gegen die Schule und die Ankündigung, so lange wiederzukommen, bis sie, so ihre Ankündigung auf diversen Homepages, "ein demokratisches Gegengewicht zu den Ansichten des Antifalehrers" geschaffen hätten. Die hinzukommenden Lehrkräfte, die ihnen Hausverbot erteilten und das Propagandamaterial einsammelten, wurden von den Provokateuren abgefilmt. Mittlerweile ist das Filmmaterial auf verschiedenen einschlägigen Internetseiten zu sehen. Die Eberbacher Polizei zeichnet sich durch offensive Untätigkeit angesichts zunehmender Naziaktivitäten vor Ort aus, wodurch sie den rechten Einschüchterungsversuchen Tür und Tor öffnet.

Bei den beteiligten Neonazis handelte es sich keineswegs um Unbekannte oder die viel zitierten Einzeltäter; vielmehr waren seit vielen Jahren aktive Kader aus der Region darunter, federführend der mehrfach verurteilte Nazi-Schläger und Ludwigshafener NPD-Kreisvorsitzende Christian Hehl, der als Bindeglied zwischen den klandestinen agierenden "Freien Kameradschaften" und der NPD fungiert.

Auch ist Eberbach nicht zum ersten Mal Ziel von faschistischen Umtrieben. Während im Umland bereits seit geraumer Zeit Neonazistrukturen etabliert sind, kam es in der Kleinstadt selbst im Juli 2006 zu einem Aufmarsch, der maßgeblich vom "Aktionsbüro Rhein-Neckar" initiiert worden war.

Faschistische Aktivitäten lassen sich nicht durch Ignorieren oder Totschweigen bekämpfen. Sie fordern entschlossene Gegenwehr und öffentlichen Widerspruch.

Nazistrukturen müssen zerschlagen werden - im Odenwald und überall.

Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)

16.10.2007 **Nur so zur Kenntnisnahme ...**

[http://www.vg-frankfurt.justiz.hessen.de/C1256CD00048A06A/vwContentByKey/W277ZGXN937JUSZDE/\\$File/PR_15_10_2007.pdf](http://www.vg-frankfurt.justiz.hessen.de/C1256CD00048A06A/vwContentByKey/W277ZGXN937JUSZDE/$File/PR_15_10_2007.pdf)

da erfahrungsgemäß auch Christian Hehl u.a. aus der Region in Frankfurt präsent sind..

16.10.2007 **PRESSEDIENST**

DIE LINKE. Hessen fordert Initiative im Bundesrat für NPD-Verbot

"Ich fordere die hessische Landesregierung auf, die Initiative im Bundesrat für ein Verbot der NPD zu unterstützen", erklärt Willi van Ooyen, Kandidat der Partei DIE LINKE für den hessischen Landtag: "Das Scheitern der Verfügung der Stadt Frankfurt vor dem Verwaltungsgericht, eine Demonstration der NPD gegen den Bau einer Moschee im Frankfurter Stadtteil Hausen zu verbieten, zeigt erneut, dass die fremdenfeindliche Hetze der NPD nur durch ein Verbot dieser Partei beendet werden kann. Ich begrüße den Aufruf von Frankfurter Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien, die Demokratie gegen Neonazis aktiv zu verteidigen, und fordere alle Bürgerinnen und Bürger auf, durch ihre Beteiligung an den angekündigten Gegendemonstrationen zu zeigen, dass Frankfurt und Hessen kein Aufmarschgebiet für die braunen Ewiggestrigen ist".

"Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Neonazis die demokratischen Rechte missbrauchen, um die Demokratie zu beseitigen", so van Ooyen weiter. "Die Kommunen dürfen nicht länger gezwungen werden, Aufmärsche von Rechtsextremisten zu dulden. Genau so wenig ist es zu verantworten, dass die NPD aufgrund des Parteienprivilegs Gelder aus der Staatskasse erhält. Der Zustand, dass das Land bei jeder Demonstration der NPD auch noch große Beträge für polizeiliche Großeinsätze zum Schutze der Nazis ausgibt und die Polizei letzten Endes gegen Nazigegner vorgeht, muss beendet werden."

"Solange die NPD nicht verboten ist, nutzt sie erklärtermaßen alle Vorteile rücksichtslos aus, die ihr durch einen legalen Status geboten werden. Das alles kann mit einem Verbot der NPD unterbunden werden", so van Ooyen: "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen".

DIE LINKE fordert die hessische Landesregierung auf, die von den Bundesländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern angekündigten Anträge für ein Verbot der NPD im Bundesrat zu unterstützen. Damit ein Verbotsverfahren nicht erneut scheitert, muss der hessische Innenminister ebenso wie der Bund die V-Leute

des Verfassungsschutzes aus der NPD-Führung zurückziehen. Diese Spitzel haben noch nie einen Naziaufmarsch oder eine rechtsextreme Gewalttat verhindert. Auch für das Verbotsverfahren sind keine bezahlten V-Leute erforderlich. Zur Untermauerung des Verbotsantrages reichen die Erklärungen und Praktiken der NPD vollkommen aus. So hat beispielsweise der mecklenburgische NPD-Führer Pastörs ganz offen erklärt, dass man "die ganze verfaulte Republik" - "dieses Konstrukt der Siegermächte" - "zum Einsturz bringen" wolle.

Kontakt: Willi van Ooyen 0170 1851517 - DIE LINKE - Hessen-Landesvorstand
Dr. Achim Kessler - Pressesprecher - Große Seestraße 29
60486 Frankfurt am Main - Tel.: 069 71 67 97 03 - Fax: 069 71 67 97 05
Mobil: 0172 14 17 19 5 - E-Mail: Achim-Kessler@Die-Linke-Hessen.de

17.10.2007 nur "vorsorglich" die Frage, ob Sie die folgende offizielle Landtagsdrucksache 16/6093 kennen, die einen detaillierten Einblick in die Landes-Szene gewährt....

http://www.verfassungsschutz-hessen.de/downloads/LTDrs16_6093.pdf

19.10.2007 Liebe Leute,

anbei das aktuelle Motiv der NPD zur Landtagswahl. Im Übrigen gibt es bei den Kameradschaften großen Unmut darüber, dass Frau Zutt (Platz eins) und nicht Herr Wöll (Platz drei) die Liste anführt.

Auch die Nummer Zwei (Herr Waldschmidt) ist bei ihnen alles andere als beliebt. Und dass mit Herrn Krebs (nomen est omen) zwei Frankfurter unter den ersten vier sind, erfreut nicht alle. Auf zahlreichen Internet-Foren habe ich die Verwunderung und Enttäuschung von "Kameraden" darüber gelesen, dass Wöll sich nun mit Anzug und Krawatte präsentiert.

Auch die "programmatische" Hauptforderung des Landesverbands, die Diäten im Landtag sofort zu halbieren, wird stark als Unglaublich kritisiert.

Fazit: Die sowieso angespannte Beziehung zwischen "Bürgerlichen" und "Kameradschaften" ist auch in Hessen derzeit nicht einfach. So ist die Anmeldung der Demonstration in Frankfurt für den 20. Oktober und die sofortige Einleitung rechtlicher Schritte nach deren Verbot durch den Landesvorstand zu erklären. Die NPD muss immer wieder "Aktionsangebote" machen, um die nicht sehr zufriedenen Kameradschaften nicht zu verlieren.

=> Wir müssen m. E. bis zur Landtagswahl mit mehr "Straßen-Präsenz" - und nicht nur mit Ständen und Broschüren - der NPD rechnen.

Beste Grüße und bis morgen



20.10.2007 [Kein Platz für Neonazis](#)

Frankfurts Römerbergbündnis und die Anti-Nazi-Koordination rufen zur Gegendemonstration gegen den NPD-Aufmarsch am Samstag auf

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1229379

20.10.2007 [Rechtsextreme marschieren auf](#)

Kundgebungen in **Frankfurt, Kassel und Rüsselsheim** / Alle Verbotsanträge gescheitert

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1229377

20.10.2007 [Leitartikel: Tanz der Demokraten](#)

Der Protest gegen den Aufmarsch der Neonazis müsste vom **Römerberg** ausgehen – um die Wirkung eines demokratischen Lebensgefühls zu verbreiten.

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1229374

20.10.2007 Zur ergänzenden Info am Rande:

<http://www.vgh->

[kassel.justiz.hessen.de/C1256CD00049530B/vwContentByKey/W2785NWJ016JUSZDE/\\$File/07-10-19%20NPD%20kann%20bis%2021.oo%20Uhr%20demonstrieren.pdf](http://www.vgh-kassel.justiz.hessen.de/C1256CD00049530B/vwContentByKey/W2785NWJ016JUSZDE/$File/07-10-19%20NPD%20kann%20bis%2021.oo%20Uhr%20demonstrieren.pdf)

<http://www.vgh->

[kassel.justiz.hessen.de/C1256CD00049530B/vwContentByKey/W2785J9S781JUSZDE/\\$File/07-10-18%20NPD%20u.%20Republikaner-Vers..pdf](http://www.vgh-kassel.justiz.hessen.de/C1256CD00049530B/vwContentByKey/W2785J9S781JUSZDE/$File/07-10-18%20NPD%20u.%20Republikaner-Vers..pdf)

20.10.2007 www.tagesschau.de

* [Demos gegen rechte Aufmärsche in Hessen](#)

In mehreren hessischen Städten finden am Samstag Proteste gegen Rechtsextremismus statt. Anlass sind Demonstrationen von Rechten in Frankfurt und Rüsselsheim. Die Polizei ist mit einem Großaufgebot im Einsatz. [\[hr\]](#)

21.10.2007 www.tagesschau.de

* [Veranstalterin will Polizisten anzeigen](#)

Die Festnahme der Veranstalterin einer linken Gegendemonstration in Frankfurt wird ein Nachspiel haben. IG-Metall-Funktionärin Katinka Poensgen kündigte am Sonntag an, gegen zwei Polizisten Strafanzeige wegen Körperverletzung zu stellen. [\[hr\]](#)

22.10.2007 [Analyse: Pfeifen gegen Rechts](#)

Ob in Frankfurt oder Sachsen: Der Widerstand gegen Neonazis braucht viele Protestformen. Wohlgesittete und schrille. *Von Georg Leppert*

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1230064



Fotostrecke: [Frankfurt gegen Rechts](#)

22.10.2007 [Politiker wollen Rechte nicht mehr ignorieren](#)

Hessens FDP-Fraktionschef fordert inhaltliche Auseinandersetzung / Sport soll Rassismus geißeln

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1230133

22.10.2007 [Kein Platz für rechte Parolen](#)

1500 Menschen stellen sich in **Frankfurt** 100 Neonazis entgegen.

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1230129



Fotostrecke: [Frankfurt gegen Rechts](#)

22.10.2007 [Lautstark gegen den Trauermarsch](#)

Die NPD protestiert - aber niemand hört zu

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1230130

22.10.2007 [Nazifreie Zone](#)

Römerbergbündnis wirbt bei Kundgebung für Religionsfreiheit

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1230131

23.10.2007 [Verkehrte Demo-Welt](#)

Nazi-Gegner fühlten sich vom massiven Polizeiaufgebot behindert.

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1230807

23.10.2007 ["Nährboden für Rechtsextreme"](#)

Antifaschistisches Bildungswerk kritisiert Umgang mit NPD-Treffen / Stadt hält an Taktik fest

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1230978

24.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/offenbach/?em_cnt=1231651

Faschismus-Schau in der Kritik - Verfassungsschutz beobachtet Macher / Rathaus als Veranstaltungsort umstritten
VON STEFAN SÄEMANN

Grölende, kahlgeschorene Männer in Bomberjacken auf dem einen Bild, auf dem daneben FDP-Chef Guido Westerwelle in Krawatte mit dem Zitat: "Die Gewerkschaften müssen entmachtet werden." Darunter Bayerns Ministerpräsident Günter Beckstein (CSU): "Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen." Und dann noch Otto Schily (SPD): "Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten."

Die Schautafel "Feindbilder" ist Teil der am Montag im Offenbacher Rathaus eröffneten

Wanderausstellung "Neofaschismus in Deutschland". Die Schau stößt - wie andernorts auch - in Offenbach auf Kritik. Erstens, weil sie Fotos von Demokraten und Neonazis zusammenbringt. "Sehr problematisch" finden dies einige Besucher. Zweitens, weil sie vom "Verein der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten" (VVN/BDA) erstellt wurde - zusammen mit der IG Metall. Beim VVN gebe es "Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Tendenzen", sagt Werner Maystädt, der Sprecher des hessischen Verfassungsschutzes. Der Verein sei "linksextremistisch beeinflusst", in Hessen aber so bedeutungslos, dass er in Berichten unter "sonstige Gruppierungen" rangiere.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Joachim Papendick (FDP) kritisiert, das Rathaus sei kein geeigneter Ort für diese Ausstellung. Dem schließt sich die CDU an. "Es ist mehr als unglücklich, dass eine

solche Ausstellung gegen den Neofaschismus demokratische Politiker in einen Zusammenhang bringt mit Rechtsradikalismus", sagt Papendick. Zudem äußert er Bedenken gegenüber dem VVN wegen dessen früherer enger Verbindungen zur DDR und Stasi. "Das ist kein Veranstalter, den man sich im Rathaus wünscht, auch wenn wir den Einsatz gegen Rechtsextremismus teilen und einige Teile der Ausstellung durchaus sehenswert sind", so der FDP-Politiker.

Der Sprecher der Stadt, Carlo Wölfel, sagt: "Auch der Oberbürgermeister steht nicht hinter jedem Detail der Ausstellung." Man wisse, dass der VVN "ein bisschen weiter links" stehe. Zur Entscheidung, die Ausstellung trotzdem zu zeigen, erklärt Wölfel: "Das Rathaus ist ein Ort der Auseinandersetzung."

IG-Metall verteidigt Ausstellung

Auch IG-Metall-Sprecher Robert Weißenbrunner verteidigt die Ausstellung und den VVN. Dieser sei ein "unterstützenswerter Verein", der NS-Gedenkstätten pflege und ein neues NPD-Verbotsverfahren forcieren. "Wir haben da keine Bauchschmerzen." Zu den Bedenken des Verfassungsschutzes merkt er an: "Da wird viel herbeigedichtet."

In puncto Schautafel erklärt Weißenbrunner: Diese unterstelle nicht, dass Westerwelle und Beckstein Neonazis seien - "überhaupt nicht". "Ihre Äußerungen aber bereiten den Nährboden für faschistische Ideologien", sagt er.

24.10.2007 Hakenkreuze auf Wand geschmiert Betroffenheit am Ingelheimer Gymnasium



Bereits gestern hatte der Hausmeister des SMG die Order, die Hakenkreuze mit frischer Farbe zu übermalen. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen.

Foto: Thomas Schmidt

sp. **INGELHEIM** "Es muss in der Nacht passiert sein. Wir haben keine Idee, wer das gewesen sein könnte." Arno Lergenmüller, Schulleiter des Sebastian-Münster-Gymnasiums, zeigte sich gestern sehr betroffen über die Nazi-Schmierereien an der alten Turnhalle und im Bereich der

Fahrradständer.

Vor Jahren seien schon mal Sprayer am Werk gewesen, doch: "Das waren harmlose Graffiti. So etwas wie diesmal gab es noch nicht." Dann erinnert Lergenmüller an den Vorfall vor wenigen Wochen im Eingangsbereich der Kreisverwaltung. Hier hingen Plakate mit SS-Runen, Hakenkreuzen und Totenkopf, Landrat Claus Schick hatte eine Belohnung für die Ergreifung des oder der Täter ausgesetzt (die AZ berichtete mehrfach). "Wir wollen das Thema Rechtsradikalismus erneut im Unterricht thematisieren", kündigt der SMG-Schulleiter an.

Und weiter: "Wir wissen, dass es vereinzelt rechtes Gedankengut an unserer Schule gibt. Allerdings existiert meines Wissens keine organisierte Gruppe." Bereits gestern hatte der Hausmeister des Gymnasium den Auftrag, die Hakenkreuze umgehend zu überstreichen.

"Diese Schmierereien sind kein Spaß und kein Kavaliersdelikt. Wir tolerieren keine Form von Extremismus. Wir wollen und werden nicht einfach wegsehen, wenn Hakenkreuze geschmiert werden", unterstreicht Landrat Schick, der sich gestern vor Ort informierte. Die Kreisverwaltung hat Anzeige erstattet und setzt wieder eine Belohnung von insgesamt 1000 Euro aus. Hinweise zur Tat und den Tätern nimmt die Polizei Ingelheim unter der Telefonnummer (06132) 790740 entgegen.

Laut Kriminalpolizei soll auch im Umfeld der Schule ermittelt werden.

26.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1233028

Verbindung missbraucht Spenden - Behörde prangert Kassenführung der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia an VON STEFAN SÄEMANN

Das Finanzamt Frankfurt will einem Marionettenverein der **Gießener rechtsextremen Burschenschaft Dresdensia Rugia** (DR), dem Georg-Bankwitz-Verein, die Gemeinnützigkeit aberkennen. Dies geht aus einem der Frankfurter Rundschau vorliegenden Prüfbericht des Finanzamtes hervor. Hintergrund ist die dubiose Spendenpraxis des Vereins.

Der Bericht des Finanzamtes bestätigt, was die Frankfurter Rundschau im März dieses Jahres aufgedeckt hatte: Mitglieder der Dresdensia haben einen gemeinnützigen Verein gegründet, dem das Burschenschaftshaus gehört und dessen Ziel die "Unterstützung von Studenten mit billigem Wohnraum" ist. Burschenschaft und Verein seien nach außen hin strikt getrennt, wurde behauptet. Tatsächlich sammelt der Verein Spenden zur Finanzierung der vom Verfassungsschutz beobachteten NPD-nahen Dresdensia. Außerdem sind die Mitglieder der Burschenschaft und des Bankwitzvereins laut Finanzamt "in der Regel" identisch.

Die FR berichtete seinerzeit, die Dresdensia verkaufe "Bier gegen Spenden". Dies ist verboten: Für Spenden dürfen keine Sachleistungen fließen. Diese Biergelder der Dresdensia würden als Spenden des Bankwitzvereins deklariert und anschließend wiederum von der Dresdensia verwendet. Und nicht - wie beim Finanzamt angegeben - vom Bankwitzverein zur Unterstützung von studentischem Wohnraum. Das Finanzamt spricht hier von einem "Missbrauch der Steuerbegünstigungen". Die Spenden würden "von der Burschenschaft vereinnahmt, um zunächst eigene Zwecke damit zu verwirklichen". Nur ein Teil des Geldes werde an den Bankwitzverein weitergeleitet. "Die Mitglieder des Bankwitzvereins haben keinen Einfluss auf die Höhe der weitergeleiteten Beträge", so der Bericht. Das Finanzamt kritisiert zudem die Nutzung des Burschenschaftshauses. Für dessen Unterhalt erhalte der Verein Steuervergünstigungen, weil es offiziell ein Wohnhaus für Studenten sei. Keller und Erdgeschoss würden aber nicht als Wohnraum verwendet, sondern als Sitz der Dresdensia.

Verein kritisiert Finanzamt

Zur Finanzierung von Burschenschaften über gemeinnützige Vereine antwortete Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) auf eine Kleine Anfrage, die Landesregierung billige diese Finanzierungsmodelle nicht. Solche Vereine müssten die Gemeinnützigkeit verlieren.

Der Vorsitzende des Bankwitz-Vereins, Werner Reusch, wirft dem Finanzamt vor, es handele politisch motiviert: "Wir sind Opfer einer Denunziation." Daher habe man Einspruch gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit eingelegt. Dem Verein droht eine Rückzahlung der erschlichenen Steuervergünstigungen. Der endgültige Bescheid wird noch erwartet.

Hessen: [Ende einer Burschenschaft](#)

26.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1233043

Ende einer Burschenschaft - Ein Kommentar von Stefan Säemann

Die rechte Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia ist inzwischen nicht mehr nur ein Fall für den hessischen Verfassungsschutz, der sie als rechtsextreme, der NPD nahe stehende Vereinigung beobachtet. Nun hat auch das Finanzamt die Dresdensia Rugia auf dem Kieker.

Vor sieben Monaten deckte die FR die Existenz eines gewissen Georg-Bankwitz-Vereins auf, der als gemeinnützig anerkannt ist, weil er als Eigentümer des Dresdensia-Verbindungshauses "Studenten mit billigem Wohnraum unterstützt". In Wirklichkeit schustert der Verein sein Geld aber der Dresdensia zu. Um etwa Konzerte mit "Platenauflegern aus der Reichskulturhauptstadt" zu organisieren.

Seit Jahren ist die Dresdensia in den Schlagzeilen, wird gegen sie protestiert. Bislang ohne Erfolg. Gießen wird diesen braunen Fleck nicht los. Das dortige Finanzamt plant unterdessen, die Gemeinnützigkeit dieses Vereins abzuerkennen. Hoffentlich nicht nur für die Zukunft, sondern auch rückwirkend.

Die Rückzahlung des mutmaßlich durch unrechtmäßige Steuervergünstigungen erschlichenen Geldes könnte das finanzielle Ende der Dresdensia sein. Das muss nichts Schlimmes sein.

27.10.2007 [Vorwurf der Nazi-Sprache](#)

Lehrer gegen Ypsilanti

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1233722

27.10.2007 **Besorgt wegen Schmiererei**

spr. **INGELHEIM** Mit großer Besorgnis haben die Jusos Ingelheim die Meldung über die Nazi-Schmierereien am Schulzentrum zur Kenntnis genommen. "Wir haben es hier nicht mit einfachen Jugenddelikten zu tun. Hier wird braunes Gedankengut ausgedrückt", kritisierte Roland Schäfer, Vorsitzender der Jusos Mainz-Bingen. Ausdrücklich lobt er das Eingreifen der Schulleitung und des Landrats. Man wolle aber auch mit den Schülern ins Gespräch kommen und mit ihnen über Strategien gegen Rechtsradikalismus sprechen. Hierzu werde in den kommenden Wochen eingeladen. Darüber hinaus hätten die Jusos eine "Rheinessenresolution" gestartet. Unter www.rheinessen-gegen-rechts.de habe man die Möglichkeit, diese zu unterschreiben und ein Zeichen zu setzen. An der Aktion hätten sich bereits Ministerpräsident Kurt Beck, Fußballtrainer Jürgen Klopp und der Liedermacher Konstantin Wecker beteiligt.

30.10.2007 www.morgenweb.de

Alltagsrassismus in allen Schichten -

Forell referiert über Rechtsextremismus und seine Wurzeln

Bürstadt. Auch nach 60 Jahren hat das Thema Rechtsradikalismus in Deutschland nichts an seiner Brisanz verloren. Daran ließ der Vortrag Manfred Forells, der am im Pfarrzentrum St. Michael in Bürstadt zum Thema "Rechtsextremismus - seine Wurzeln, die Ideologie" referierte, keinen Zweifel. Wie der katholische Religionslehrer und Mitglied der Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße anschaulich darstellte, gibt es im Drei-Länder-Eck eine relativ konstant bleibende Anzahl von rechten Gruppierungen. "Ihre Anhänger sind keineswegs ausschließlich Hohlköpfe", so Forell.

Auf Schulhöfen versuchten sie, junge Menschen mittels kostenloser CDs mit Musik für sich zu gewinnen. Denn wie bei anderen Bewegungen auch, fungiert Musik hier als Träger: Eingängige Melodien transportieren eindeutige Botschaften. Neben musikalischen Beispielen hatte der Religionslehrer auch Symbole und Codes rechter Gruppierungen in petto, über die er aufklärte. "Es ist oft nicht einfach, einen Rechtsradikalen auf der Straße zu erkennen", erklärt Forell, denn teilweise sei Markenkleidung, die diese Szene gerne trägt, im normalen Versandhandel zu haben. Oder es komme vor, dass sich Rechtsgesinnte linker Symbole bedienen, wie dem Palästinensertuch.

Wie Forell deutlich machte, sei Aufklärung wichtig, doch Verbote brächten wenig. Von den über 120 bekannten rechten Symbolen erfüllten ohnehin die wenigsten den Straftatbestand der Volksverhetzung. Bei Liedern und Gruppierungen verhalte es sich ähnlich. Der eigentliche Knackpunkt liege in der unterschweligen Fremdenfeindlichkeit, die er in Alltagssituationen häufig beobachten konnte. "Dieser Alltagsrassismus, so will ich ihn nennen, zieht sich durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen und hat eine gefährliche Stufe erreicht", so der engagierte Religionslehrer. "Die Würde des Menschen, seine Einmaligkeit und das christliche Menschenbild werden hier angegriffen."

Die rechte Szene sei laut Forell gut organisiert, man dürfe sie nicht verharmlosen, aber auch nicht verteufeln. Es müsse eine vernünftige Lösung gefunden werden in beiderseitigem Dialog. "Wir müssen unser Demokratieverständnis zeigen und leben", so der Referent.

Von der Aktualität und Brisanz des Themas Rechtsradikalismus zeugte auch das - wenn auch kleine - Polizeiaufgebot vor dem Pfarrzentrum. Es sollte eventuelle Störenfriede fernhalten. Denn bei Veranstaltungen wie diesen sei es nicht selten, dass Menschen mit rechter Gesinnung den Vortrag mit Zwischenrufen und -fragen stören, wenn nicht gar unmöglich machen. Das weiß Forell aus eigener Erfahrung.

Störungen dieser Art blieben diesmal zwar aus. Doch von den rund 20 Zuhörern, die der Einladung des Veranstalters katholische Erwachsenenbildung ins Pfarrzentrum folgten, erhoben drei mehrfach gegen Forells Vortrag Einwände - einer von ihnen ein bekennendes NPD-Mitglied. "Ich habe heute Abend eine Menge gelernt, was zum Beispiel rechte Symbole betrifft", so eine Zuhörerin am Ende der Veranstaltung, "und ich bin entsetzt, dass Rechtsradikalismus quasi mitten unter uns ist." aek

30.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1235591
Rechtsextremistische Musik - BKA-Razzia bei NPD-Politiker



[Braune Musik hat ihre Fans](#) (FR-Archiv)

Wiesbaden (ap) - Rund 100 Polizisten haben am Dienstagmorgen die Wohnungen von NPD-Bundesvorstand Thorsten Heise in Thüringen und zweier weiterer NPD-Mitglieder in Niedersachsen durchsucht.

Dem NPD-Politiker aus Fretterode bei Göttingen wird vorgeworfen, Tonträger mit rechtsextremistischer Musik hergestellt und vertrieben zu haben, wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main mitteilte. Bei den anderen Beschuldigten handelt es sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft um zwei Eheleute aus Bad Lauterberg, die in der rechten Szene als Sänger bekannt sind.

An den Durchsuchungen waren Beamte des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei sowie der Landeskriminalämter in Thüringen und Niedersachsen beteiligt. In dem Fall soll außerdem Hilfe von skandinavischen Ländern angefordert werden. Wie die Staatsanwaltschaft erklärte, hat sich die Produktion illegaler CDs in den vergangenen Jahren zunehmend ins Ausland verlagert. Die rechtsextremistischen Aufnahmen seien jedoch weiter für den deutschen Markt bestimmt.

"Wir werden die skandinavischen Länder, die in der rechten Szene seit Jahren als sicheres Vertriebsgebiet für radikale Tonträger gelten, mit Rechtshilfeersuchen um Mithilfe bitten", kündigte die Frankfurter Staatsanwältin Nadja Niesen an. Die von Heise vertriebenen Aufnahmen hätten wegen ihrer Mischung aus eingängigen Melodien bekannter Schlager und rechtsextremistischen Texten in der rechten Szene zum Teil "Kultstatus", erklärte die Staatsanwaltschaft. Der NPD-Politiker steht demnach bereits wegen der Produktion weiterer rechtsextremistischer CDs vor Gericht.

30.10.2007 www.mdr.de
Großrazzia in der rechten Szene

Wiesbaden: Der Polizei ist ein Schlag gegen die Verbreitung rechtsextremer Musik gelungen. An der Aktion waren Beamte des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei und der Landeskriminalämter von Thüringen und Niedersachsen beteiligt. Nach Angaben des BKA durchsuchten sie zwei Häuser, eins davon gehört einem Mitglied des NPD-Bundesvorstands. Ihm wird vorgeworfen, Urheber und Vertreiber mehrerer CDs mit strafbaren rechtsextremistischen Inhalten zu sein.

01.11.2007 www.morgenweb.de

Kein Raum für die rechte Szene

Kommune und Initiative organisieren Veranstaltung gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 8. November um 19:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses statt, die Initiative würde sich über ihr kommen und rege Gesprächsbeiträge freuen.

Viernheim. Nationalsozialismus - das ist doch schon lange her und Neonazis, die sind doch auch nicht in unserer Gegend beheimatet. Weit gefehlt, sagt Manfred Forell. Er ist katholischer Religionslehrer an der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim und setzt sich seit vielen Jahren für Integration und Fremdenfreundlichkeit ein. Am Donnerstag, 8. November ist er zu Gast im Viernheimer Rathaus. Dort informiert er um 19 Uhr in einem gemeinsamen Informationsabend der Stadt Viernheim und der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße über die rechtsextreme Szene im Rhein-Neckar-Kreis.

"Was viele gar nicht wissen, hier im Rhein-Neckar-Raum ist ein Ballungsgebiet Rechtsgesinnter" mahnt er. "Es ziehen sogar Neonazis extra hierher, weil die Szene hier so groß ist". Tatsächlich sind im "Drei-Länder-Eck" zwischen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz auffällig viele rechtsextreme Aktivisten beheimatet. Und darüber möchte er aufklären. Wer sind diese Gruppen, wie arbeiten sie, welche Ziele verfolgen sie? "Es ist wichtig" sagt Manfred Forell, "dass vor allem die Jugendlichen nicht in rechte Kreise geraten". In Zusammenarbeit mit der Bergsträßer Initiative hat er schon viele Konzepte verfolgt, die dazu beitragen, die Bevölkerung gegenüber fremdenfeindlichen Gruppierungen zu sensibilisieren und sie über die Arbeitsweisen und Ziele der Neonazis zu informieren.

"Und dabei reagieren wir nicht nur, sondern wir agieren auch", sagt die Sprecherin der Initiative, Margarete J. Bauer. Der Zusammenschluss von Bürgern mit "Zivilcourage" fördert seit seiner Gründung durch Landrat Norbert Hofmann im Jahr 2000 das interkulturelle Leben, organisiert Projekte in Schulen und leistet Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der Gefahren des Rechtsextremismus. "Und genau das wollen wir uns auch auf die Fahnen schreiben.", sagt der Viernheimer Bürgermeister Matthias Baaß "Wir als Stadt erklären öffentlich, bei uns gibt es keinen Raum für die rechte Szene". "Und die beginnt ja nicht erst in einschlägigen Gruppen mit Springerstiefeln, die wahre Gefahr, sind Bürger, die Taten des Nationalsozialismus verharmlosen, es ist wichtig, dass wir an die Grausamkeiten des Regimes erinnern, und diese nicht im Nachhinein verzerren.", mahnt auch er und freut sich, dass eine solche Initiative besteht.

Informationen über das Projekt und den Vortrag konnten die Viernheimer schon am Samstagvormittag an einem Infostand in der Innenstadt sammeln, bei dem die Initiative sich vorstellte und für die Veranstaltung warb.

Margarete J. Bauer ist begeistert über die Kooperation mit Bürgermeister Matthias Baaß: "Nicht immer stoßen wir auf eine so produktive Zusammenarbeit, unsere Botschaft wirkt einfach besser, wenn wir Hand in Hand mit den Gemeinden und Städten der Umgebung arbeiten.". jme

01.11.2007 www.bnr.de

Kandidaten und Wahlkampf der hessischen NPD dürften eher der Abschreckung dienen.

Der Kontrast könnte kaum deutlicher sein: In Niedersachsen eine NPD, die ihren Wahlkampfauftakt mit 700 Gästen und geballter Parteiprominenz im Hannoverschen Congress-Centrum begeht, die ein Wahlprogramm vorlegt, das sich in Stil und Inhalt auch an ein bürgerliches Publikum richtet, und dazu passend mit Andreas Molau einen Spitzenkandidaten präsentiert, der nicht gleich als Kinderschreck durchgeht. Demgegenüber in Hessen eine NPD, die ihren Wahlkampf mit einer kläglichen 100-Mann-Demonstration startet, die ein „Sofortprogramm“ vorlegt, das in seiner ersten Fassung nur entfernte Ähnlichkeit mit deutscher Rechtschreibung aufwies, und mit einem „Spitzenpersonal“, das abschreckt.

Zwar hatte NPD-Bundesvize Sascha Roßmüller den Hessen „die volle Unterstützung der Bundespartei in diesem für die Gesamtpartei so wichtigen Wahlkampf“ zugesagt. Doch tatsächlich behandelt die Parteispitze beide Bundesländer, in denen am 27. Januar neue Parlamente gewählt werden, höchst unterschiedlich und konzentriert sich – jedenfalls bislang – auf Niedersachsen. **Währenddessen werden der Hessen-NPD auch sceneintern manche Fehlleistungen vorgehalten – beginnend mit der Landesliste, die Doris Zutt anführt.** Einen Namen hat sich die 52-Jährige gemacht, weil sie einst mit ihrem Laden „Zutts Patriotentreff“ im heimischen Ehringshausen die Szene mit Neonazi-Devotionalien versorgte. Auch wenn die NPD in Ehringshausen bei der Kommunalwahl 2006 immer noch 4,9 Prozent der Stimmen erhielt – 1997 waren es sogar 22 Prozent gewesen –, ist Zutt alles andere als ein Wählermagnet: Als sie im Januar 2007 für das Oberbürgermeisteramt in Frankfurt kandidierte, kam sie auf nur 0,8 Prozent.

Probleme anderer Art hat der Listendritte, **Marcel Wöll.** Das Amtsgericht Friedberg verurteilte den wegen Körperverletzung bereits zweimal vorbestraften NPD-Landesvorsitzenden Anfang August in erster Instanz

wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft ohne Bewährung. Er hatte Auschwitz als „Stätte des so genannten nationalsozialistischen Terrors“ bezeichnet, Exkursionen dorthin als „Gehirnwäsche“. Seine Untauglichkeit für Parlamentsarbeit stellte auch der Vierte auf der Liste, der Frankfurter Kreisvorsitzende Jörg Krebs, unlängst unter Beweis. Anfang September erklärte er in der Stadtverordnetenversammlung: „Die Moslems werden erst ihre Moscheen bauen, und dann schmeißen sie uns die Bomben um die Ohren“, und war dafür aus der Sitzung ausgeschlossen worden.

Eher unglücklich verlief aus Sicht der NPD auch die Suche nach einem attraktiven Wahlkampfplakat. Kurzerhand bediente man sich bei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und ihrem umstrittenen Schäfchenplakat, das der UN-Sonderberichtersteller für Rassismus, Doudou Diène, als rassistisch bezeichnet hat. In seiner ersten, von der Hessen-NPD abgekupferten Fassung erschloss sich der Sinn des Plakats freilich nicht jedem – bis hin zu dem Missverständnis, das per Tritt in den Hintern aus der Gemeinschaft hinausbeförderte schwarze Schaf symbolisiere die NPD. Die aktuelle Version erlaubt keine Fehlinterpretation. Das weiße Schaf ist nun als NPD gekennzeichnet, und unter der Zeichnung wird „versprochen“: „Wir räumen auf in Hessen!“ Von ähnlich dürftiger Qualität wie das Plakat-Plagiat war die erste Fassung des „Sofortprogramms“. Sie glänzte mit Sätzen wie: „Die Abgeordneten des hessischen Landtages verdienen nichts und erhalten viel zu viel“ oder „Wenn ein Paar Heiratet erhalten Sie vom Land Hessen ein Darlehen über 20.000 €“ (Schreibweise im Original).

Nach all diesen Pannen währte sich die Truppe um Wöll mit einem Aufmarsch gegen den Bau einer Moschee in Frankfurt-Hausen auf der sicheren Seite. Doch auch diese Rechnung ging nicht auf. Gerade einmal 100 Rechtsextremisten kamen am 20. Oktober in die Mainmetropole. Einige von ihnen gaben ein besonders trauriges Bild ab, weil sie auf ihre Bomberstiefel nicht verzichten mochten und daher auf Socken durch Hausen laufen mussten. In der NPD tröstete man sich damit, dass zu einer Demonstration der Republikaner unter dem Motto „Ja zum Minarettverbot“ am selben Tag in Rüsselsheim gar nur 30 Teilnehmer gekommen waren. Die Republikaner haben immerhin einen gewichtigen Vorteil gegenüber der NPD: Ein „Rekordbudget“ von 300 000 Euro wollen sie für den Wahlkampf einsetzen. **Tomas Sager**

01.11.2007 www.echo-online.de

Ein buntes Mosaik gegen rechts

Rollenspiel: Schüler der Bensheimer Scholl-Schule präsentieren in der Heppenheimer Stadtbücherei „Kein Bock auf Braun“

HEPPENHEIM. „Es ist wichtig die Augen aufzumachen, um wahrzunehmen was alltäglich im Umfeld passiert, um daraus Rückschlüsse für das eigene Handeln zu ziehen. Nicht das man eines Tages in den Spiegel blickt und vermag nur noch eine leere, braune Gestalt, mehr Hülle als Person, zu sehen“, resümierte Margarete Bauer, Sprecherin der Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße und zog damit einstimmiges Fazit unter eine gut besuchte Informations- und Reflektionsveranstaltung in den Räumen der **Heppenheimer Stadtbücherei**.

Das Projekt „Kein Bock auf Braun“ wurde in vierwöchiger Kleinarbeit von der katholischen Religionsgruppe der Klasse 10 G der Geschwister-Scholl-Schule unter der Leitung von Manfred Forell in Bensheim organisiert, um sich mit einer Textvorlage mit den zentralen Themen Entindividualisierung, Intoleranz und Zivilcourage intellektuell wie differenziert auseinander zu setzen.

Dass diese Begriffe in heutiger Zeit nichts an Aktualität verloren haben, scheint hinlänglich bekannt. Und so war es denn auch wenig verwunderlich, das zahlreiche Gäste unterschiedlichster Couleur den Weg in den Lesungssaal der Stadtbücherei fanden. Eingeleitet von einer in düsteren Farben gezeichneten cineastischen Adaptation von Franck Pavloffs „Brauner Morgen“ trugen die Schüler und Schülerinnen die Parabel des in Frankreich lebenden Autors vor; und dies keineswegs in monotoner Gleichförmigkeit als vielmehr in bunter Pluralität wurden doch die zentralen Passagen des Textes in verschiedenen Sprachen, begonnen beim Portugiesischen über Italienisch und Französisch bis hin zu Polnisch, gesprochen.

Es war schon ein buntes Mosaik, das dem Anwesenden den Blick für das Wesentliche schärfte. Der Plot ist schnell erzählt, entfaltet seine tiefgehende Bedeutung jedoch nachhaltig: In einer fiktiven Gesellschaft sieht sich ein namenloser Erzähler staatlicher Reglementierung desinteressiert und gleichgültig ausgesetzt. Ab sofort sind nur noch braune Katzen erlaubt. Alle andersfarbigen Tiere müssen getötet werden.

Doch die Entwicklung macht an dieser Stelle keineswegs Halt. Als nächstes sind die Hunde an der Reihe bis letztlich auch die Pressefreiheit aufgehoben wird. Es existieren nur noch die braunen Nachrichten und wenige ausgewählte Bücher. Die Protagonisten indes fügen sich. Fadenscheinige wissenschaftliche Erklärungen und die Untätigkeit der Allgemeinheit dienen der Beruhigung.

Was bleibt, ist ein Zweifel, ein ungutes Gefühl, bis Charlie, einer der beiden Hauptpersonen, verhaftet wird, weil er „vorher“ einen schwarzen Hund besessen hat. Mit der Angst kommt die Einsicht und das Bewusstsein, sich zur Wehr gesetzt und Widerstand geleistet haben zu sollen. Doch es ist zu spät. Draußen ist alles braun und es klopft an der Tür.

In einer anschließenden Diskussionsrunde kamen die Leit motive und Interpretationsansätze zur Sprache. Und diskutiert wurde viel und produktiv. Kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen seien ebenso notwendig wie ein Mindestmaß an Selbstreflexion. Es gelte auch, Intoleranz und den autoritären Zwang zur vorgefertigten Meinungsbildung nicht zu tolerieren und sich an der

richtigen Stelle zur Wehr zu setzen, betonte eine Anwesende. Letztlich könne die eigene Individualität nur in einer toleranten und vielfältigen Gesellschaft zur Entfaltung kommen, erklärte ein Anderer. Peinlich gestört wurde die Veranstaltung von Kommentaren eines bekennenden Mitglieds der rechtsextremen NPD, das offenkundig versuchte, die Gäste zum Publikum parteipolitischer Werbung zu machen. Eine Situation, die Religionslehrer und Integrationsbeauftragter der Stadt Bensheim, Manfred Forell, leider zur Genüge kennt. „Nahezu jede Veranstaltung zum Thema Fremdenhass und Rechtsradikalismus ist von solchen Besuchen geprägt“, erklärte Forell. Man lasse sich auf diese Weise jedoch keineswegs aus dem Konzept bringen. Und souverän wurde im Programm auch fortgefahren, nicht zuletzt dank der professionellen Moderation des Schülers Fabian Riedmüller. Musikalische Intermezzi sowie künstlerische Interpretationen des Pavloff'schen Inhalts rundeten eine gelungene Veranstaltung ab, die mit dem Applaus der durchweg zufriedenen Gäste honoriert wurden. Zufrieden zeigten sich auch die verantwortlichen Schüler. „Wir wollen Vielfalt gegenüber Einfalt und brauner Soße“, machte Margarete Bauer von der Initiative deutlich. Eine einmalige Sache soll die Veranstaltung nicht bleiben. Manfred Forell blickt in die Zukunft: „Wir haben für die kommende Zeit weitere Veranstaltung dieser Art geplant. Sie sollen Anstoß geben zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit den Themen Fremdenhass und Rechtsextremismus.“

Mitwirkende: Fabian Riedmüller, Barbara Vollrath, Mario Reinke, Marco Schneller, Renee Habineza, Magdalene Michalski, Melissa Berndt, Gustavo Taganelli, Maximilian Behrend, Linda Brunnengräber, Julia Kratz, Simon Hellriegel, Oliver Russ, Lisa Kiefer, Ina Blumenschein, Sebastian Lehmann, Thomas Fritz und Julian Zidek.

Maz 1.11.2007

03.11.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/bad_homburg/?em_cnt=1237681

**CDU: "Linke" ignorieren - Bad Homburg Ärger um Vergleich mit Republikanern
VON MARTINA PROPSON-HAUCK**

Eine von CDU-Fraktionschef Gerhard Trumpp für seine Fraktion abgegebene Erklärung sorgte im Stadtparlament am Donnerstagabend für Tumulte in den Reihen von SPD und BLB. Trumpp ließ verlauten, die CDU werde künftig mit Anträgen der Wählergruppe "Die Linke" genauso verfahren wie mit denen der Republikaner, sie nämlich nicht mehr behandeln. Beide Gruppierungen sind mit je einem Abgeordneten im Stadtparlament vertreten.

"Die Wurzeln dieser beiden Gruppierungen stammen aus Diktaturen in Deutschland, in denen die Menschenrechte permanent verletzt wurden", heißt es in der Erklärung der CDU.

"Das ist Relativierung von Faschismus", kommentierte Waldemar Schütze (SPD). "Hanebüchen", "unter Niveau" waren andere Zwischenrufe. "Wir sind übereingekommen, dass wir Rechtsradikale, die Pamphlete gegen Ausländer verteilen, nicht in einen Topf mit den Linken werfen", sagte Beate Fleige für die BLB.

06.11.2007 Betreff: Bedrohung durch Neonazis

Hallo, bitte weiterleiten und veröffentlichen:

<http://de.indymedia.org/2007/11/198649.shtml>

Höchst/Odw: Neonazis drohen

[<http://de.indymedia.org/antifa/index.shtml>](http://de.indymedia.org/antifa/index.shtml)

Marco Träger, der Inhaber des Tattoo-Shops "Low-Life-Rebel" in Mömlingen (nahe bei Höchst), bedrohte am Sonntagabend die Bewohner einer WG in Höchst/Odw und fordert 8000€ Marco Träger und eine Begleitperson suchten am Sonntagabend gegen 18 Uhr ein Mehrfamilienhaus in Höchst/Odw auf in dem sich auch eine WG alternativer Jugendlicher befindet.

Vor geschlossener Wohnungstür äußerte sich Träger dann etwa wie folgt:

"Mein Name ist Marco Träger, ich bin der Besitzer des Tattoo-Shops in Mömlingen. Ihr habt bis Freitag, 9.11. Zeit, mir 8000€ Euro für meine eingeschmissenen Scheiben zu Zahlen, ansonsten werden andere Seiten aufgezogen".

Im Juli wurden dem Tattoo-Shop mit eindeutig Rechtsradikalem Hintergrund die Schaufenster eingeworfen (<http://de.indymedia.org/2007/07/187984.shtml>), soviel zum Hintergrund.

Damals setzte Träger bereits ein Kopfgeld auf die vermeintlichen Täter aus, allerdings kam niemals an die Öffentlichkeit wer für die Tat verantwortlich war. Auch die polizeilichen Ermittlungen kamen (so weit bekannt) zu keinem Ergebnis.

Da es in Mömlingen keine alternative Szene gibt und Nazis sich mangels zivilgesellschaftlicher Gegenwehr ungestört austoben können, scheint sich Träger nun wahllos Sündenböcke aus der näheren Region zu suchen.

Noch dazu scheint er unter finanziellem Druck zu stehen, anders kann diese wahnwitzige Forderung nach 8000€ aus heiterem Himmel, 3 Monate nach dem Sachschaden, wohl nicht erklärt werden. Vielleicht muss der Tattoo-Shop bald dicht machen?

Die Bedrohung wurde noch am Sonntagabend bei der Polizei zur Anzeige gebracht, die Betroffenen erhalten Unterstützung und Solidarität von lokalen Strukturen, der Vorfall wird auf vielfältigem Weg veröffentlicht.

Zusammen sind wir Stark - Antifaschistische Selbsthilfe organisieren!

Low-Life-Rebel Tattoo-Shop:

Der Inhaber des Ladens ist Marco Träger, der neben dem Studio in Mömlingen noch ein weiteres in Ebermannsdorf (bei Amberg) unterhält. Zu seinen Stammkunden gehören u.a. der Aschaffener Neonazi Oliver Merget. Im Schaufenster des Shops wurde mit einem Skrewdriver-Tattoo und mit Nordisch-Mytischen Motiven geworben, in einer Internet-Galerie waren noch deutlichere Neonazi-Motive zusehen, diese wurden aber aus dem Netz genommen. Vor kurzem begann Träger in seinem Shop auch Bekleidung zu verkaufen. In Mömlingen hat sich seit Jahren eine feste Neonazi-Szene etabliert, vor allem sticht dabei die Blood & Honour Nachfolgeorganisation White Unity hervor

Nazis in Mömlingen:

<http://auszeitnews.blogspot.de/index.php?s=m%C3%B6mlingen>

09.11.2007 *Diesmal eine andere Form des Gedenkens zum Jahrestag des Pogroms 1938.....*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Ausstellung ist fertig und der Zug der Erinnerung kann Fahrt aufnehmen. Am Freitag wird er in Darmstadt statt.

Der Zug der Erinnerung kommt am 9. November nach Darmstadt !

Darmstadt Hauptbahnhof Gleis 12 vom 09.11. - 11.11.2007 und Gleis 1 vom 12.11-13.11.2007

Die Termine für den Zug der Erinnerung sind jetzt endlich für Darmstadt bestätigt:

09.11.07 Darmstadt Hbf an 16:00 Gleis 12 bis 20:00

10.11.07 Ausstellung in Gleis 12 von 10:00 bis 16:00

11.11.07 Ausstellung in Gleis 12 von 09:00 bis ca. 20:00

12.11.07 bis 13.11.07 Ausstellung in Gleis 1 von 8:00 bis 18.00

Unsere Veranstaltung findet am Freitag um 16.00 Uhr an Gleis 12 statt – das ist das letzte Gleis zur Westgalerie und wegen der Umbauarbeiten auch besser zu sehen als Gleis 1.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Renate Dreesen

Peter Schmidt

Zug der Erinnerung

Initiative Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt

www.zug-der-erinnerung.de

Ankunft des Zuges 9.11.2007 um 16.00 Uhr Gleis 12

Es spricht der Oberbürgermeister Walter Hoffmann, Jugendliche musizieren

Gruppen bitte anmelden: Renate Dreesen: 0 6157 / 8 44 70, dreesen@zugde.eu

Die Ausstellung

Der Zug der Erinnerung besteht aus mehreren Waggons, in denen die Geschichte der europäischen Deportationen, Fotos und Schicksale der Kinder beispielhaft gezeigt werden. Schwerpunkt der Ausstellung ist das Deportationsgeschehen in Deutschland: die Zustellung der Deportationsbescheide, das Verlassen der Wohnungen, der Weg zu den Sammellagern und von dort am helllichten Tag durch die Dörfer und Städte zu den wartenden Zügen.

Spurensuche

In einem der Wagenteile hält der Zug der Erinnerung eine Rechereheneinheit bereit: Computer und Handbibliothek laden zur [Spurensuche](#) ein. Hier besteht auch die Möglichkeit, über die Ausstellung zu sprechen und Erfahrungen auszutauschen.

Wir bitten Sie, Darmstadt und der Region nach Lebenszeugnissen der Kinder und Jugendlichen zu suchen und sie so dem Vergessen zu entreißen.

- Welche Kinder und Jugendlichen wurden aus Ihrer Stadt deportiert?
- Welche Dokumente finden sich in den örtlichen und regionalen Archiven?
- Gibt es noch Menschen, die sich an ihre Nachbarn, Klassenkameraden erinnern?

Besonders sollen Schulen und Schulklassen zur Spurensuche angeregt werden. Bei der Umsetzung unseres didaktischen Konzepts arbeiten wir mit der Abteilung Geschichtswettbewerb der Körber Stiftung zusammen. Hier finden Schüler wertvolle Tipps für die Spurensuche.

Besuchen Sie die Ausstellung. Beteiligen Sie sich an der Spurensuche.

Kontakt Spurensuche: dreesen@zugde.eu

Unterstützer:

Lokaler Aktionsplan Darmstadt, GEW, DGB Region Südhessen, DGB-Jugendbüro Südhessen, Evenari - Forum für Deutsch -Jüdische Studien an der Technischen Universität Darmstadt u. a.

Kontakt:

Renate Dreesen, Adam-Schwinn-Str. 49, 64319 Pfungstadt, Tel. 06157-84470, dreesen@zugde.eu

Peter Schmidt, Lauteschlägerstr. 19, 64289 Darmstadt, Tel 06151/74543, baluschmidt@bluehash.de

Didaktisches Material

Das folgende Material geht in diesen Tagen den Schulen in Darmstadt und Umgebung zu und kann auch im Internet herunter geladen werden.

Die hier zusammengestellten Materialien sollen Pädagogen den praktischen Einstieg in die Spurensuche erleichtern helfen. Wir empfehlen, den folgenden Abschiebebefehl zu vervielfältigen und mit den Jugendlichen zu besprechen. Der Inhalt ist geeignet, das Schicksal der davon betroffenen Familien, insbesondere das spätere Schicksal der Kinder, zu erahnen.

Die übrigen Materialien können bei der Motivierung von Schülern und bei der Legitimierung ihrer Archivrecherche nützlich sein. (Hier bietet die Körber-Stiftung viele sehr hilfreiche [Anregungen und Arbeitsblätter](#).)

Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie andere Hilfsmittel vorschlagen können: [Kontakt](#)

Dokumente

- [Abschiebebefehl der Gestapo](#)

Zeitleisten

- [Zeitleiste Gesetze und Verordnungen 1933 bis 1945](#)
- [Zeittafel](#)
- [Aus der Chronologie der Verfolgung der Sinti und Roma](#)

Karten

- [Die größten Konzentrationslager](#)
- [KZ's in Großdeutschland](#)

Quellen

- [Archive und Bibliotheken in Darmstadt](#)
- [Arbeitsblatt: Quellensuche im Archiv](#)
- [Internetadressen zur Spurensuche](#)
- [Arbeitsblatt: Internet – im Datenmeer suchen](#)
- [Tipps: Internet-Seite – mit der Geschichte "verlinkt"](#)
- [Literatur zu Darmstadt](#)

Namen und Listen am Beispiel Darmstadt

- [Die Namen der aus Darmstadt deportierten Sinti](#)

Ein Projektbeispiel aus Darmstadt

- [Schüler berichten von einem Spurensucheprojekt](#)
- [Spurensuche im Unterricht – ein Projekt aus Darmstadt](#)

Praktisch: Bescheinigungen und Formulare für Schülerinnen und Schüler

- [Bescheinigung für Archive](#)
- [Anmeldung zum Besuch der Ausstellung](#)

09.11.2007 Viernheimer Tageblatt – Freitag, 9. November 2007 – Seite 1 Mit einer offenen Diskussionsrunde endete nach mehr als zwei Stunden die gemeinsame Veranstaltung - Gemeinsam gegen Rechts vorgehen VON UNSEREM MITARBEITER OLIVER HÖFLICH

Viernheim – Mittels einer Informationsveranstaltung im Ratssaal des Rathauses klärte gestern Abend Hauptreferent Manfred Forell die zahlreich erschienenen Besucher über die „Neuen Rechten“ in Südhessen auf. Bei der gemeinsamen Veranstaltung der Stadt Viernheim und der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße wurden die Strukturen und Ziele der rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen beleuchtet und Maßnahmen vorgestellt, inwiefern jeder Bürger an der Lösung dieses gesellschaftlichen Problems teilhaben kann.

In seiner Eröffnungsansprache zeigte Bürgermeister Matthias Baaß kein Verständnis für jene Sorte Bürger, die an der damaligen Zeit im Dritten Reich etwas Positives finden können. „Es ist völlig ausgeschlossen, an der damaligen Zeit und dem System etwas gut zu finden. Ein System, das Millionen von Menschen getötet hat, kann nicht etwas Positives besitzen. Aus diesem Grund kann ich die Bürger nicht verstehen, die behaupten, in der damaligen Zeit sei nicht alles schlecht gewesen“, so der Bürgermeister. Er sehe es allerdings als Aufgabe aller demokratischen Parteien sowie der Bürger an, im Alltag wachsam zu sein und den einfachen Argumenten aus der rechten Szene kein Gehör zu geben. Baaß: „Deshalb freue ich mich, dass die Veranstaltung heute auf solch eine Resonanz stößt.“

Hauptreferent Manfred Forell begann seinen Vortrag unkonventionell. „Und wenn der Wind sich dreht“ lautet ein nicht verbotener Song einer Schulhofband, den Forell gestern Abend den Gästen im Ratssaal des Rathauses in voller Länge vorspielte. „In diesem Lied werden alle Gegner der Rechtsextremisten aufgezählt: Parteien, Gewerkschaften, die Kirche und natürlich die Juden“, berichtete der katholische Religionslehrer an der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim. Die Rechten seien vor allem daran interessiert, die Köpfe, die

Straße und die Parlamente für sich zu gewinnen. Besonders bei den Köpfen seien die Jugendlichen anfällig und hier insbesondere durch das Medium der Musik.

„Das Dreiländereck in der Region ist sehr wichtig in der rechtsextremen Szene. Politiker und Verfassungsschutz haben neben diversen Orten im Osten des Landes auf dieses Gebiet ein besonderes Augenmerk gelegt“, erklärte Manfred Forell. Vermehrt sei zu bemerken, wie die Gruppierungen sich auflösen, um anschließend in einer anderen Vereinigung sich wieder neu zu finden. Forell: „Natürlich bleiben sowohl die Leute als auch ihr Gedankengut weiterhin vorhanden. Dies ist schon Methode in der rechten Szene.“

Anhand von diversen Markennamen und Zahlenbeispielen stellte Hauptreferent Manfred Forell die Erkennungsmerkmale der Rechtsradikalen zur Schau. Zwar warnte er die Gäste, nicht jeden Mitbürger mit einem bestimmten Markenshirt der rechten Szene zuzuordnen, allerdings seien ewig die gleichen Modefirmen in der rechten Szene angesagt. Auch über den aktuellen Stand der rechtsradikalen Aktionen gab Forell gerne Auskunft.

„Es haben auch 2007 schon diverse Aktionen seitens der rechten Szene stattgefunden. In Bensheim wurden mehrere hundert fremdenfeindliche Aufkleber an Verkehrsschilder angebracht, und auch in Viernheim fand im Sommer anlässlich des 20. Todestages des nationalsozialistischen Rudolf Heß ein Aufmarsch statt“, berichtete Forell, der die Aufkleber wie „Braun werden auch ohne Sonne“ und „Multikulti – Nein danke!“ an Ort und Stelle den Besuchern zeigte.

Vor Hauptreferent Manfred Forell sprach Margarete J. Bauer von der „Initiative“ zu den Gästen im Ratssaal. Die „Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße“ stellt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2000 der Herausforderung gegen Rechtsradikale und bekämpft Antisemitismus, Fremdenhass, menschenverachtende Vorurteile und Gewalt gegen Andersdenkende unter anderem mit Infoständen wie jenen am vergangenen Samstag. Ein wichtiges Ziel der „Initiative“ ist es, Erfahrungen und Informationen auszutauschen, sich mit anderen Menschen und Gruppen zu vernetzen und auf ein besseres Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen hinzuwirken. Getreu dem Leitsatz der „Initiative“, welcher bei der Klausurtagung am 23. Februar 2002 im Haus am Maiberg in Heppenheim erstellt wurde.

„Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit will Verantwortung tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens besonders im Kreis Bergstraße; das heißt, die in ihr zusammengeschlossenen Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen wirken im Zusammenleben von Deutschen und Migranten in allen Lebensbereichen auf solche Bedingungen hin, die das friedliche Miteinander, die gegenseitige Wertschätzung und das Aufeinanderzugehen fördern.“

Menschen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen (Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Politik, sozialen und kulturellen Einrichtungen) treffen sich regelmäßig mit der „Initiative“, und für alle ist es dabei ein Selbstverständnis, auf Menschen frei und offen zuzugehen und den respektvollen Umgang miteinander im Alltag zu praktizieren.

Einzig negative Begleiterscheinung der ansonsten rundum gelungenen Veranstaltung: Etwa zehn unverbesserliche rechte Gesinnungsgenossen waren trotz Polizeivorkerungen vor dem Sitzungsgebäude im Ratssaal des Rathauses erschienen und nutzten die Veranstaltung mehr oder weniger stümperhaft, um ihr Weltbild jedem im Saale kundzutun. Aufgrund ihrer doch eher erbärmlichen rhetorischen Fähigkeiten disqualifizierten sich jedoch die speziellen „Teilnehmer“ der Informationsveranstaltung von selbst und bestätigten im Prinzip nur beispielhaft die vorgetragene Meinung von Margarete J. Bauer und Manfred Forell. Beide Hauptpersonen konterteten auch während ihrer Vorträge stets souverän und sachlich die teils niveaulosen Beiträge seitens der rechten Szene („Das Grundgesetz ist auch keine Verfassung“, „Ich hab' auf meinem Kfz-Kennzeichen eine 88 stehen – bin ich nun rechtsradikal?“).

Mit einer offenen Diskussionsrunde endete gestern Abend nach mehr als zwei Stunden die gemeinsame Veranstaltung der Stadt Viernheim und der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße und gewährte anhand von simplen und nachvollziehbaren Schaubildern und Beispielen einen Einblick in die Strukturen und Ziele der rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen in Südhessen.

10.11.2007 www.morgenweb.de

Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit: Drei Arbeitsgruppen engagieren sich Bildungschancen von Migranten verbessern

Viernheim. Die Informationsveranstaltung über die "neuen Rechten" war eine gemeinsame Aktion der Stadt Viernheim und der Bergsträßer Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Gruppe wurde im Jahr 2000 gegründet. Sie setzt sich gegen Antisemitismus, Fremdenhass, menschenverachtende Vorurteile und Gewalt gegen Andersdenkende ein.

Interkulturelles Leben fördern

Bei der Klausurtagung 2002 hat die Initiative ihren Leitsatz verabschiedet: "Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit will Verantwortung tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens besonders im Kreis Bergstraße; das heißt die in ihr zusammengeschlossenen

Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen wirken im Zusammenleben von Deutschen und Migranten in allen Lebensbereichen auf solche Bedingungen hin, die das friedliche Miteinander, die gegenseitige Wertschätzung und das Aufeinanderzugehen fördern."

Drei Arbeitsgruppen bilden das Fundament der Initiative: Interkulturelles Lernen, Projekte in Schulen und Öffentlichkeitsarbeit. Die Gruppe Interkulturelles Lernen sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Bürgern zu fördern und weiterzuentwickeln. Dazu dienen Workshops und regelmäßige internationale Begegnungstreffen. In der Gruppe Projekte in Schulen engagieren sich Personen in Bildungseinrichtungen. Ihre Aufgaben sehen die Ehrenamtlichen in der Förderung der interkulturellen und sozialen Kompetenz sowie in der Verbesserung der Bildungschancen für Schüler aus Migrantenfamilien.

Aufklärung mit hohem Stellenwert

Für die Gruppe Öffentlichkeitsarbeit hat die Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus einen hohen Stellenwert. Dazu gehören beispielsweise Veranstaltungen wie in Viernheim, bei denen über rechte Gruppen in der Rhein-Neckar-Region informiert wird. In diesem Jahr hat sich die Initiative insbesondere für kommunale Resolutionen gegen rechtsextreme Aktionen eingesetzt. 13 von 22 Gemeinden im Kreis haben solche Statements bereits verabschiedet. Zu ihnen zählt auch Viernheim. MT

10.11.2007 www.morgenweb.de

Informationsveranstaltung über Rechtsextremismus: Nicht nur Gegner folgen der Einladung Provozierende Parolen im Viernheimer Ratssaal

Viernheim. Wer sind die "neuen Rechten"? Wie arbeiten sie? Welche Ziele verfolgen sie? Antworten auf diese Fragen gab eine gemeinsame Informationsveranstaltung der Stadt Viernheim und der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße im Ratssaal des Rathauses.

"Rechtsextreme Gruppierungen wollen unter dem Deckmantel sozialer Positionen ihre extremistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen auch in der Metropolregion Rhein-Neckar verbreiten. Bei uns in Viernheim sind sie schon aktiv geworden", heißt es in der Viernheimer Erklärung gegen Rechtsextremismus und Intoleranz, die die Stadtverordnetenversammlung erst im September einstimmig verabschiedet hat (wir haben berichtet).

Dass rechtsextremes Gedankengut auch vor den Toren Viernheims nicht halt macht, mussten die Bürger spätestens bei der gut besuchten Veranstaltung im Ratssaal erfahren. Starke Polizeipräsenz verhinderte nicht, dass eine kleine Gruppe versuchte, die Plattform einer öffentlichen Veranstaltung zu nutzen, um mit ihren fremdenfeindlichen Parolen die Bürger zu provozieren. Ein couragiert auftretender Bürgermeister Matthias Baaß und die Mehrheit der Besucher zeigten aber deutlich, dass rechtsextreme Gruppierungen in der Brundtlandstadt unerwünscht sind.

In einem Referat stellte Manfred Forell, Religionslehrer an der Bensheimer Geschwister-Scholl-Schule, diese Gruppen vor und beleuchtete ihren politischen Hintergrund. "Musik ist das Transportmittel für rechtsextremes Gedankengut", erklärte Forell. Er präsentierte mehrere Lieder einer CD, die kostenlos auf Schulhöfen verteilt werde, um Kinder und Jugendliche für die Szene zu interessieren. Die Liedtexte zielen dabei darauf ab, die Gruppen, die sich für eine menschliche Gesellschaft einsetzen, als Feinbild darzustellen.

Aufmerksamkeit erzielen solche Extremisten aber auch durch Aufkleberaktionen. Dabei versuchten sie, soziale Themen zu besetzen. Kameradschaftsabende seien nicht nur reine Trinkgelage, sondern zielten auch darauf ab, rassistische Parolen zu verbreiten. Forell zeigte den Zuhörern auf, welche Symbole und Codes rechte Gruppen verwenden.

Wie kann sich eine demokratische Gesellschaft gegen den Rechtsextremismus zur Wehr setzen? Das Strafrecht, so der Religionslehrer, sei nur eine stumpfe Waffe. Von 120 bekannten rechtsextremen Symbolen seien die wenigsten verboten. Zudem könne mit Verboten niemand umgestimmt werden. "Wir müssen offensiv für die Gesellschaft und für ein menschliches Zusammenleben eintreten", warb Forell für Zivilcourage im Alltag. MT

12.11.2007 [Warnung vor brauner Gefahr](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1241762)

Hanau Gedenken an den Synagogenbrand / Redner fordern, Neonazis entgegenzutreten

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1241762

12.11.2007 [Täglich 60 Schmähbriefe](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/bad_homburg/?em_cnt=1241782)

Bad Homburg Sirsch: Rechte gewinnen an Einfluss

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/bad_homburg/?em_cnt=1241782

13.11.2007 **Braune Pilgerstätte im Taunus**

Neonazis wollen am Samstag in **Nastätten** für die Wiedererrichtung eines Denkmals demonstrieren, das an die »Leibstandarte-SS Adolf Hitler« erinnerte von Carsten Weber

--> <http://www.jungewelt.de/2007/11-13/046.php>

13.11.2007 **"Da gab es soviel Widerstand"**

Darmstadt Realschullehrer und Autor Wolfgang Stapp über die schwierige Aufarbeitung der Nazi-Zeit

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1242375

13.11.2007 **Das vergessene Konzentrationslager**

Darmstadt Im Gestapo-Gefängnis bestand ein Außenkommando des elsässischen KZ Natzweiler / Nach der Brandnacht wurde das Lager nach Bensheim verlegt

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1242374

15.11.2007 **Brief an Koch ist strafbar: NPD-Aktivist muss für Volksverhetzung zahlen**

Wegen der volksverhetzenden Inhalte eines Offenen Briefes an Ministerpräsident Roland Koch (CDU) muss der NPD-Kreistagsabgeordnete Alfred Zutt aus Ehringshausen (**Lahn-Dill-Kreis**) eine Geldstrafe von...

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1243435